



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

an Frankreich widerspricht allen Vorbedingungen. Es liegen vielmehr zwingende Gründe dafür vor, daß Elsaß-Lothringen sich auf seine wirtschaftlichen Lebensbedingungen besinnen wird. Diese Klärung seines politischen Strebens wird sich um so leichter vollziehen, weil es nunmehr ein demokratisches Reich neben sich weiß, das ihm auch politische Freiheit und Entwicklung bietet. Für die „Gloire“, für die Frankreich manchen Elässer und Lothringer so sehr zu begeistern mußte, bietet ihm jetzt ein Volk von 80 Millionen Vertrauen und eine lebensvolle Zukunft an. 10 Millionen deutsche Arbeiter mit Weib und Kind erwarten mit Spannung die Entscheidung, die in Elsaß-Lothringen über ihre Lebensbedingungen gefällt wird.

Der Abgeordnete Hue sagte schon am 18. Februar 1916: „Es führt mich dazu, vom Standpunkt eines Arbeitervertreters, der mitten in der Montanindustrie steht, mit besonderem Nachdruck zu betonen, daß, wenn das elsaß-lothringische Land vom Deutschen Reiche getrennt würde, dies für die Eisen- und Stahlindustrie und auch für die Bergwerksindustrie, die mit ihren verwandten Industrien mehrere Millionen Arbeiter beschäftigen, einen, man möchte sagen, tödlichen Schlag bedeuten würde.“

Die Dämme, die man nach dem bisherigen System den politischen Strömungen in Elsaß-Lothringen entgegengesetzt hat, sind hinweggespült; ebenso werden künftige politische Schranken, die unter dem Eindruck der jetzigen politischen Wahrheit geschaffen werden, von den wirtschaftlichen Triebkräften zerbrochen werden.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Zu den Verfassungsänderungen. Vor hundert Jahren, als ein Zeitalter schwerer Kriege auch im Innern der Staaten den Übergang zum Konstitutionalismus auslöste, wurde durch Anhänger des Alten, die Legitimisten mit und ohne „Recht“, das Dogma vom monarchischen Prinzip in die Debatte geworfen, daß die ersten Regungen der sich mündig fühlenden Völker in Fesseln schlagen sollte. Auch nach Einführung von Verfassungen — so hieß es — vereinige sich die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staates wie zur Zeit des Absolutismus, und nur in der Ausübung bestimmter Rechte seien die Stände oder was sie allmählich wurden, die Volksvertretungen, kraft monarchischer Ottroyierung an dieser Staatsgewalt beteiligt. Wo — wie in Preußen — dieses Dogma nicht von der Verfassung zum Ausdruck gebracht war, wurde es durch Wiederbelebung absolutistischer Rechtskodifikationen — § 1 II 13 des Allgemeinen Landrechtes von 1794 — gewissermaßen in jene hineinprojiziert. Von den Einzelstaaten ging es auf die „Verbündeten Regierungen“ des geeinten Reiches über und zeigte sich in der Vorrangstellung des

monarchisch-herrschaftlich organisierten Bundesrats gegenüber dem Reichstag. Bismarck und „sein alter Herr“, dessen Denkweise jenes Dogma durchaus entsprach, haben den Grundsatz des persönlichen Regiments in dem berühmten Erlaß vom 4. Januar 1882 aufs neue scharf formuliert, und bis zur Gegenwart ragte die monarchische Souveränität als ein rocher de bronze in die so gänzlich veränderte Welt, konnte es geschehen, daß uns Juristen belehrten: im Zweifelsfalle sei dem Geiste jenes Rechtes aus dem achtzehnten Jahrhundert der Vorzug zu geben vor dem Geist der Verfassung und moderner Wissenschaft. Gab es doch selbst unter den Vertretern dieser Wissenschaft bekannte Namen, die vom Katheder das Gottesgnadentum der Monarchie, die Identität von Herrscher und Staat, das Volk als Objekt der Herrschaft ihren Hörern darstellten.

Der Ausgang des gegenwärtigen Krieges bedeutet, zugleich mit einer neuen Emanzipation des genossenschaftlichen Willens, das Ende des monarchischen Prinzips im Sinne der Restaurationszeit. Der Volksstaat von heute hat keinen Platz für die Ansprüche des

iure divino-Königtums; nicht jenes Dogma der Reaktion, sondern der Satz Thiers: *Le roi règne, mais il ne gouverne pas* steht künftig am Throne der deutschen Monarchie. Ein tragischer Ausgang, wenn man auf ihre glänzende Vergangenheit zurückblickt, aber ein notwendiger, wiewohl durch die Einflüsse der äußeren Politik vielleicht allzu beschleunigter Ausgang. Denn nur einem bewußt oder von Natur kurzichtigen Auge kann doch verborgen bleiben, wie sich das Heute mit zwingender Notwendigkeit aus dem Gestern und Chegestern entwickelt hat. Es handelt sich bei unserer Verfassungsänderung um den Prozeß eines natürlichen Wachstums, dessen einzelne Stappen man deutlich verfolgen kann — wir erinnern nur an die Vorgänge bei Bülows Abschied und die parlamentarischen Ereignisse im Jahre 1917. Wenn die vollendeten Tatsachen den Zeitgenossen allzu plötzlich und unvermittelt erscheinen, so nur darum, weil die vorausgehenden Entwicklungsstadien gleichsam unter der Oberfläche sich vollzogen und der schließliche Durchbruch dann allerdings jäh und wie im Augenblicke erfolgt. Dabei soll das treibende Moment der allgemeinen Weltlage gar nicht gелеugnet werden. Aber wer sich über die Kniebeuge vor Wilson aufregt, möge doch billigerweise bedenken, daß dieser Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik kein Patengeschenk des deutschen Parlamentarismus ist, sondern von jeher und überall Gesetz des staatlichen Lebens. Für das Zeitalter der französischen Revolution sind solche Beziehungen zwischen den militärischen Ereignissen und der Lage in Paris von dem heimischen Historiker Gaulard ganz systematisch festgestellt worden. Auch aus unserer Geschichte können wir den gleichen Zusammenhang nachweisen. Die Ostroyierung der preußischen Verfassung von 1848 war nach einer begründeten historischen Lehrmeinung gedacht als Gegenschlag gegen die Versuche der Erbkaiserlichen, den Staat Friedrich Wilhelms des Vierten durch Übertragung der Kaiserkrone an diesen Monarchen in Deutschland aufgehen zu lassen. Und als Bismarck 1867 das gleiche Wahlrecht „in die Pfanne warf“, da geschah dies nach seinen eigenen ferneren Worten, um eine Waffe

im Kampfe gegen Österreich, im Kampfe für die deutsche Einheit und zugleich, um eine Drohung mit letzten Mitteln im Kampfe gegen Koalitionen zu haben. Die Rücksicht auf Wilson bestimmte unleugbar die Regie der letzten Reichstagsverhandlung. Man erwartet von der Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt günstige Wirkungen auf die Stimmung im Lager der Entente. Mag sein, daß man sich täuscht. Das eine aber sollten die empörten Kritiker der Regierung nicht vergessen: die Reformen vom 26. Oktober wie überhaupt der letzten Zeit sind doch auch um innerpolitischer Rücksichten willen unternommen und notwendig gewesen. Sie wollen der „deutschen Einheit“ dienen wie Bismarck vor fünfzig Jahren und im geraden Gegensatz zur preußisch-partikularistischen Politik von 1848.

„Die Zeit schreitet unter Stürmen vorwärts und es ist ein vergebliches Bemühen, sie aufzuhalten“. So schrieb einst Metternich an den badiischen Minister von Berstelt. Trotz dieser Erkenntnis hat er sich ihr immer wieder entgegengestemmt, bis die Revolution von 1848 über seinem Werte und Kopfe zusammenschlug. Wer heute über den inneren „Umsturz“ klagt, wie die „Deutsche Tageszeitung“ anlässlich der Beschlüsse vom 26. Oktober und von Revolutionen redet, der sollte an Metternichs Wort und Schicksal denken. Die Phrase vom Schattentaiferum ist töricht. Wem das höchste Erdenglück der Menschenseelen, die Persönlichkeit gegeben war, der hat sich auch unter eingeschränkten Befugnissen auf dem Throne durchgesetzt, wem diese Persönlichkeit versagt blieb, der blieb ein Instrument in den Händen anderer auch dann, wenn ihm die höchste Machtfülle durch die Staatsgewalt gegeben war. Auch künftig kann unter solchen Voraussetzungen — das Beispiel Eduards des Siebenten beweist es — wieder Wahrheit werden, was man von der kaiserlichen Gewalt in der deutschen Verfassung bis zum Weltkriege gesagt hat, daß sie rechtlich weniger, tatsächlich mehr als in früheren Jahrhunderten bedeutete.

„Regna, sed non impera“, rief im siebzehnten Jahrhundert ein polnischer Magnat seinem Könige zu. Möchte dieses Wort zum Wahlpruch der Hohenzollern des zwanzigsten

Jahrhunderts werden, möchte er es noch werden können!

H. V. M.

Europas Tod. Hedda Gabler, die Hysterische, wollte einst in Schönheit sterben, — wir sterben in der Apotheose einer „Idee“, weil auch wir innerlich haltlos wurden. Hier wie dort gibt's trotzdem keine Versöhnung, denn der Tod ist realer als alles andere, seine Schatten umdüstern Schönheit und Recht. Europas Herz hat aufgehört zu schlagen! Man bedenke: nach Abschluß dieses Krieges gibt es keine Großmacht mehr auf dem europäischen Kontinent. Rußland sank dahin unter den wuchtigen Schlägen des fiebernden Herzens Europas, Frankreich trank das Gift seines Todes, Österreich zerfiel, weil kein warmes Blut mehr durch seine Glieder rann. Das Angelsachsentum mit seinem außereuropäischen Schwergewicht regiert die Welt. „Völker Europas, wahr! eure heiligsten Güter!“ so sprach einst der, dessen Wort jetzt nicht mehr gilt. Es war zu spät. Das Geschick hat sich erfüllt.

Man sollte meinen, daß die Schauer des Todes über Europas blutgetränkte Erde gehen, daß ein Klageruf ohne Gleichen die Luft durchdringt —, aber nein, wir hören Jubellänge: die ententesfreundlichen Neutralen Europas frohlocken in der eigenen Sterbestunde und im Taumel absoluter Verständnislosigkeit für die Weltwende bejubeln junge Völker ihre „Freiheit“ und reden ihre ungefügen Glieder. Und das Herzland selbst? Es ächzt und stöhnt in seinen besten Söhnen und Töchtern, aber mißtönig gelst das Wort der Überflugen: „Wir haben es kommen sehen, wir haben es immer gesagt!“ Schmach über sie, die so, sich selbst unbewußt, zur Schuld bekennen, denn sie und niemand anderes unterhöhlten das Vertrauen. Glauben sie denn wirklich, daß es in Deutschland einen Menschen gab, der nicht in namenloser Angst die Möglichkeit des Sieges der anderen ins Auge faßte, der nicht die ungeheure Übermacht in Rechnung zog? Aber das wußten die Beherzten: führen wir Krieg, so müssen wir an die Möglichkeit der Selbstbehauptung glauben, und ein siebzigmillionenfacher Glaube verbürgt den Sieg. „Seid einig, denn die Deutschen sind unbeflegbar, wenn sie einig

sind!“ so sprach zum anderen Male der, dessen Wort jetzt nicht mehr gilt. Auch hier umsonst! Uneinig wurden wir, ach, schon so bald nach Kriegsbeginn. Zunächst dachten wir nur daran, uns unserer Haut zu wehren, aber die überraschende Entwicklung der Kriegslage trieb dahin, daß wir uns um des Kaisers Bart, um Kriegsziele zu streiten begannen. Schon dieser Streit beweist, daß wir den Krieg nicht haben wollen können, denn wenn vor dem Kriege das Bild reicherer Lebensmöglichkeiten, die mit der Waffe zu erobern wären, auch nur in ungefähren Umrissen im Volke gelebt hätte, wir hätten uns nicht mitten im blutigen Tange in unfruchtbarem Gezänke aufgerieben.

Warum diese Erschütterung der Heimatfront? so fragen wir heute, da auch der Bescheidenste unter uns sein Kriegsziel begrub. War es wirklich klug von den Überflugen, das Feuer derer zu dämpfen, die im Siegesrausch nach Früchten griffen, die zu hoch hingen? Heute weiß jedes Kind, daß die Freunde des Verzichts und der Versöhnung sich ja selbst in der gleichen Lage befanden, sofern sie Unversehrtheit des Reichsgebietes — und das war doch ihre Forderung — ins Auge faßten. Die Wirkung nach außen? „Deutschland hat gesiegt, wenn es nicht besiegt ist“, hat Balfour gesagt und damit die Selbstbehauptung Deutschlands in seinen alten Grenzen nicht als berechtigt gelten lassen wollen. Es war gleich, ob wir Belgien begehrt oder keine Annexionen machen zu wollen beschworen. Kein Friedensangebot konnte wirken, solange es nicht Selbstvernichtung in sich schloß. Hat man dies bei uns wirklich nicht gewußt, ohgleich die Staatsmänner der Gegner immer wieder freimütig ihren Vernichtungswillen bekundeten? Und wenn man das wußte, warum gab man jenes Stichwort des „Verzichtes“ aus? Liegt es nicht nahe, hier den Versuch zu vermuten, psychisch auf die breiten Massen zu wirken? „Wir kämpfen nicht um Eroberungen willen!“ Wie schön klingt das, wie sittlich rein! Wie hoch steht man über dem, der einen errungenen Vorteil nutzen möchte. Wer aber trotz des besseren Wissens, daß unser Kriegsziel in jedem Falle den Entschluß des Feindes durchkreuzt, in solchen Zeiten mit solchen Mitteln

auf breite Massen wirken will, braucht sie zu eigenen Zwecken. Und sind diese Zwecke nicht auf innerpolitischem Gebiet zu suchen? Wurde nicht von den gleichen Kreisen, die „alldeutsche“ Kriegsziele bekämpften, die Agitation für die Durchführung des gleichen Wahlrechtes in Preußen mitten im Daseinskampf der Nation betrieben, die notwendig aufs neue die innere Front erschüttern mußte? Waren nicht diejenigen im Recht, welche das deutsche Volk beschworen, die Kräfte nicht zu verzetteln, alle Gedanken auf die Erhaltung des Reiches zu richten, nur gegen den äußeren Feind zu stürmen, gleichviel, wie die Kriegsziele formuliert wurden, wenn sie nur Sieg bedeuteten? In Heft 30 der „Glocke“ verwahrt Ernst Heilmann die Demokratie dagegen, daß an ihr der Ludergeruch der Niederlage haften, denn sie habe nichts getan, um sie herbeizuführen, sie trage an ihr nicht die geringste Schuld. Gewiß, unter den Tapferen draußen, die der wahre Offenstibgeist beseelte, mag es gleich viel Linke als Rechte gegeben haben,

aber drinnen im Lande gab es eine Scheidung. Hier war der Offenstibgeist ausschließlich bei der Linken — sofern er nicht dem äußeren Feinde galt. So und nur so ist es zu verstehen, wenn mit der siegreichen „Volksregierung“ Mißtrauen und Groll gegen sie aus der Taufe gehoben wurden, denn sie ist das Produkt jener Kräfte, die in der Tiefe brodelten und die eindeutig bestimmte Willensrichtung des Volkes verspritzten. So wie die Dinge heute liegen, bleibt freilich nichts weiter übrig, als erbarmungslos die Konsequenzen zu ziehen. Geschehenes läßt sich nicht ungeschehen machen. Nur um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß festgestellt werden, daß Deutschland wie vor dreihundert Jahren an seiner Uneinigkeit zugrunde geht. Sie erscheint immer wieder in neuer Form als unheilbarer Fluch, der auf uns lastet. Diesmal nahte der Versucher in der Maske des „innerpolitischen Fortschritts“

Dr. Mathilde Keldner



Materialien zur Polenpolitik

Aus dem Jahresbericht des Verbandes der polnischen Frauen-Bildungsvereine im Deutschen Reich für 1917. („Zjednoczenie“ [Polen] Nr. 9 vom 1. September 1918): Die Tätigkeit des Verbandes hat sich in diesem Jahre trotz der verschiedensten Schwierigkeiten nicht vermindert. Sie hat im Gegenteil im Vergleich zu der Tätigkeit in den vorhergehenden Kriegsjahren sichtbar zugenommen. Das beweist die nachstehende Berichterstattung. Die numerische Stärke des Verbandes. Am Ende des Jahres 1916 gehörten dem Verbande 33 Vereine an. Sie zählten insgesamt 2950 Mitglieder. — Im Laufe des Jahres 1916 wurden auf Anregung und mit Unterstützung des Hauptvorstandes des Verbandes zwei neue Vereine ins Leben gerufen, nämlich: 1. in Stralkowo (dieser Verein zählt 70 Mitglieder) und 2. in Jarotschin (56 Mitglieder). Nach den uns zugesandten Berichten der einzelnen Vereine gehörten also dem Ver-

bande am 31. Dezember 1917 35 Vereine an. Sie zählten zusammen 3552 Mitglieder. — Das Verbandsorgan „Zjednoczenie“ erschien im Jahre 1917 regelmäßig monatlich in dem bisherigen Umfange (8 Seiten stark). Das Original wurde in 3000 Exemplaren gedruckt. — Kassenbericht für die Zeit vom 1. Januar 1917 bis zum 31. Dezember 1917: Es wurden für das Jahr 1918 1622,15 Mark überwiesen. — Das Vereinsleben hat im Jahre 1917 sichtbar zugenommen. Auf jeden Verein entfielen nämlich in diesem Jahre durchschnittlich 10 Versammlungen. In diesen Versammlungen wurden zusammen 234 Vorträge oder Vorlesungen gehalten, im Jahre 1916 dagegen nur 146. — Zwecks Information teilen wir hier die Themen einiger dieser Vorträge mit: Kosciuszko ein Symbol des Polentums. — Die Kultur ein Schatz der Völker. — Die traurigen Zustände zur Zeit Stargas. — Die polnische Frau im